

Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind nun seit fast einem Jahr in einer Situation, die wir uns nicht vorstellen konnten. Corona hat uns voll im Griff.

Von der Pandemie sind wir alle betroffen in der Sorge um unsere Gesundheit und die unserer Angehörigen, Freunden und Bekannten. Besondere Betroffenheit gibt es vor allem bei Unternehmen in vielen Branchen, bei Familien, die in Kurzarbeit sind und die Betreuung ihrer Kinder schultern müssen, Senioren, die vielleicht etwas einsamer geworden sind. Viele Experten warnen vor einer wachsenden Ungleichheit in unserer Gesellschaft, manche sogar von einem Auseinanderfallen. Die Schwächeren sind davon in besonderem Maße betroffen. Viele befürchten, dass viele Schülerinnen und Schüler bei eingeschränktem Präsenzunterricht den Anschluss bereits verloren haben. Das können und dürfen wir uns nicht leisten

Ein ganz besonderer Dank zu Beginn meiner Ausführungen gilt deshalb all den Menschen, die in den Pflegeeinrichtungen, in den Krankenhäusern, in den Schulen, bei der Kinderbetreuung, in den Verwaltungen oder wo auch immer ganz besonderen Einsatz erbringen und uns zeigen, was wirklich wichtig ist und zählt.

Die Situation, die viele Existenzen bedroht, die zu Umsatz- und damit zu Gewinneinbrüchen führt, spiegelt sich nun auch bei den teils drastischen Einbrüchen bei den städtischen Einnahmen wider.

Im Ergebnishaushalt sehen die Zahlen deshalb wie folgt aus:

Statt der erwarteten 6,2 Mio. Minus sind nun 18,3 Mio. Verlust ausgewiesen.

Wie im Finanzhaushalt dargestellt, verringert sich unsere Liquidität im Haushaltsjahr 2021 um 45 Mio. Euro.

Fazit: unsere Reserven reichen noch bis 2023 spätestens 2024 und sind schneller aufgebraucht als bisher geplant.

Und auch: Die Einnahmen können kaum beeinflusst werden. Weder kommunale Steuern noch Gebühren können und dürfen in einer solchen Ausnahmesituation erhöht werden.

Wie schon erwähnt, leiden nicht nur Unternehmen sondern auch viele Menschen durch Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit unter den Folgen der Pandemie.

Wir alle haben die Investitionsliste vor den Augen.

Schulneu- und Ausbau, Kindergartenplätze, Hallenbadneubau, Sanierungen von Sport- und Freizeiteinrichtungen, Ausbau des ÖPNVs, Feuerwehrbedarfsplan, Straßen- und Kanalsanierungen und wichtiger denn je: Bau von preisgünstigem Wohnraum.

Gerade das Problem von bezahlbarem Wohnen wird auch im Blick auf die unbesetzten Stellen in den Kitas und in der Stadtverwaltung sichtbar und spürbar.

Trotz allem und das ist kein Widerspruch: Wir dürfen nicht gegen die derzeitige Krise ansparen und müssen die notwendigen Investitionen durchführen und die Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Verschuldung ja, aber nur wenn es um nachhaltige Investitionen geht.

Dabei ist es umso wichtiger, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Der Klimawandel ist auch für uns eine große Herausforderung. Hoffentlich kommen wir endlich dazu Prioritäten zu setzen und dafür das eine oder andere zu

lassen. Es fehlt der sogenannte „rote Faden“ Nicht nur die Verwaltung, auch der Gemeinderat muss sich mehr um die wirklich wichtigen Dinge kümmern.

Wir, Verwaltung und Gemeinderat, verzetteln uns oft. So werden mit deutlicher Mehrheit beschlossene Projekte immer wieder in Frage gestellt. Einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu viel aufgeladen. Warum laufen städtische Vorhaben immer wieder aus dem Ruder, verzögern sich und werden immer teurer? Wir müssen drüber reden, wie solche Vorhaben künftig geplant und gerade auch in der Bauphase verantwortlich begleitet werden.

Bereitstellung von Wohnraum und der Bau weiterer Wohnungen ist mehr denn je auf unserer Agenda. Das Baulandentwicklungskonzept ist konsequent fortzuführen und keine Baugrundstücke dürfen ohne Beschluss des Gemeinderates verkauft werden. Unsere Stadt verfügt über viele Standortvorteile, was fehlt ist Wohnraum, insbesondere bezahlbarer Wohnraum. Die Bereitstellung von Wohnraum ist für uns die entscheidende soziale Frage. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Höhere Häuser, Nutzung leer stehender Wohnungen, Initiativen zum Ausbau von Dachgeschossen, Vermeidung von Zweckentfremdung, Eindämmung von AirBnB. Wir müssen mit der noch verbleibenden Freifläche sehr verantwortlich umgehen. Der geplante Bau von zwei Seniorenwohn- und Pflegeheimen in Leinfelden und Echterdingen kann zu einer kleinen Entspannung führen, wenn dadurch größere Wohneinheiten wieder für Familien zur Verfügung stehen. Zu den Pflichtaufgaben einer Stadt gehören auch eine Bedarfsgerechte Infrastruktur.

Hier wollen wir vor allem den zügigen Schulraumbau einfordern. Auch und gerade die Goldwiesenschule, die zügige Digitalisierung aller Schulen und den Neubau des Hallenbades Leinfelden.

Dazu mehr in unseren Anträgen zum Haushalt 2021.

Ich möchte hier meine Aussagen aus der letzten Haushaltsrede wiederholen:

Wichtig für das Personal ist- auch in unserer Stadt- vor allem eine gute Arbeitsatmosphäre. Ein gutes Arbeitsklima erreicht man mit Wertschätzung und kluger Führung. Nach unserem Eindruck mangelt es daran. Hier ist Handlungsbedarf da. Herr OB Klenk und sein Führungspersonal sind hier in der Verantwortung. Fehlende Wertschätzung unserer Arbeit spüren wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die wir nach dem Gesetz das Hauptorgan der Gemeinde bilden, im Übrigen auch bei vielen Gelegenheiten. Wir haben das Gefühl, dass die Verwaltungsführung nicht mehr bei uns ist. Weder beim Gemeinderat, noch bei den wichtigen Aufgaben. Und das spiegeln uns zunehmend auch die Menschen in unserer Stadt zurück. Ein weiter so ist deshalb nicht mehr akzeptabel.

Ihnen vielen Dank fürs zuhören und auf eine Respektvolle Zusammenarbeit im Neuen Jahr.

Anträge der SPD-Fraktion

Wohnen

- Wohnraum schaffen als kommunale Kernaufgabe um Mietniveau zu senken und um Pendlerströme zu vermindern.
- LE-Mietet erweitern: Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge suchen – Initiative zur Bekämpfung und Aktivierung des Leerstands – Besitzer anschreiben. **Antrag: Viele Wohnungen stehen leider dauerhaft leer in unserer Stadt, (2011 waren es etwa 500 – aktuellere Zahlen gibt es nicht) andererseits wird oft verzweifelt nach einer Wohnung gesucht. Wir beantragen die Entwicklung von Maßnahmen, wie der Verminderung des Leerstands entgegengewirkt werden kann. Was machen eigentlich die Prüfungen in Sachen Zweckentfremdung – gibt es da einen neuen Sachstand?**
- **Antrag: gemeinschaftliches Wohnen mehrerer älterer Menschen aus verschiedenen Haushalten ermöglichen, dadurch wird an anderer Stelle Wohnraum frei, in den dann junge Familien mit hohem Platzbedarf einziehen können. Es wird darum gebeten, hierfür den Bedarf zu ermitteln bzw. ein entsprechendes Modell zu entwickeln,**
- Alternative Wohnformen: Modellprojekt Tiny Houses, dh kleine Häuser mit höchstens 50 Quadratmeter Wohnfläche. In LE ist der Bedarf an Wohnraum riesig, die vorhandene Fläche ist knapp. Neue Ansätze sind gefragt. Andere Kommunen wie Schorndorf und Tübingen sind da schon weiter.

Antrag : Die Verwaltung wird gebeten, Vorschläge vorzulegen, in welchen Bereichen Flächen für die Realisierung von Tiny-Houses bereitgestellt werden können. Bei den Grundstücken kann es sich bspw. um Flächen handeln, die planungsrechtlich für andere Nutzungen reserviert sind, in absehbarer Zeit dafür aber nicht benötigt werden. Aus diesem Grund werden im Rahmen von befristeten Pachtverträgen mit einer Laufzeit von etwa 10 Jahren (mit möglicher Verlängerungsoption, derzeit nicht abschätzbar) gezielt Flächen zur Bebauung von ortsfesten Tiny-Houses (keine mobilen, auf Trailer gebauten, rollenden Tiny-Houses) zur Verfügung gestellt.

- Wohnungen für Alleinerziehende im Bahnhöfle in Oberaichen schaffen. **Antrag: Wir bitten um einen Bericht, ab wann der Wohnraum für Alleinerziehende im Bahnhöfle in Oberaichen bereitgestellt werden kann?**
- **Antrag: Die Verwaltung wird um eine Anlistung der Flächen bzw. Gebiete gebeten, in denen in 2021 geplant ist, Flächen zu erwerben.**

Schulen und Digitalisierung

- Verbesserung der Digitalisierung an Schulen als kommunale Schlüsselaufgabe begreifen: Der Zug hat zwar in den letzten Monaten Fahrt aufgenommen, das Tempo muss aber noch verstärkt werden. **Antrag: Vorlage eines Berichts zur Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets.**
- **Unsere Schulen fit machen vor allem für das homeschooling:** Im Oktober 2020 haben wir erfahren, dass die Anbindung der Schönbuch-, der Zeppelin- und der Goldwiesenschule an das schnelle Internet erst im Zuge der Sanierung- bzw. Erweiterungsmaßnahmen erfolgen soll. Und das kann dauern. Plan derzeit: In 21 PMH und IKG, in 2022 IKR und in 23 LUS.
Antrag: Wir bitten um einen realistischen und auch realisierbaren Zeitplan für die Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen.
- Unsere Schulen brauchen technisches Know-How, professionelle Administration der Geräte und der Software. Das ist Aufgabe des Schulträgers, also der Stadt. Im AK Schulentwicklung am 15.10.2020 wurde berichtet, dass die externe Betreuung ausgebaut werden muss.
Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, die hierfür benötigten Mittel in den Haushalt über die Änderungsliste einzustellen. Zu prüfen ist auch, ob seitens der VHS hier Unterstützung geleistet werden kann.
- **Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, Luftfilter zu beschaffen zumindest für die Räume an den Schulen, die nicht zu lüften sind.**
- **Antrag: Erweiterung der Goldwiesenschule nicht auf die lange Bank schieben! Wir beantragen die Planungsrate für die Sanierung und Erweiterung der Goldwiesenschule von 2022 auf 2021 vorzuziehen. Zudem beantragen wir, dass die für September 2020 angekündigte neue Bevölkerungsvorausrechnung dem Gemeinderat präsentiert wird, damit die Auswirkungen vor allem auf die Bereitstellung von Kitaplätzen und Schulräumen klar werden. Hintergrund: Die Schule soll um 16 Klassenräume und etliche Funktionsräume erweitert werden, Platz für eine Mensa und für die Schulkindbetreuung ist vorgesehen. Zudem besteht schon seit Jahren ganz beträchtlicher Sanierungsbedarf gerade an bei den Toilettenanlagen.**

Kitas

Ungeachtet vieler Maßnahmen fehlen weiterhin Plätze bei der Kinderbetreuung. Es fehlen 52 Plätze im Kindergarten und 29 Plätze für die Kleinen (U3)

- -Kindergarten Stangenkreisel. Das Vorhaben ist nicht im Haushaltsplan enthalten. Wir beantragen nochmals, dieses Vorhaben einschließlich der geplanten Wohnungen im

Eigentum der Stadt zu behalten und nicht an einen Bauträger zu vergeben.

Finanzierung über Grundstücksverkäufe an anderen Stellen

- Kindergarten St. Gabriel. Warum ist der Schwerpunkt der Investition auf 2022 geschoben?

Sonstige Infrastrukturmaßnahmen

- -Investitionsvorhaben neu priorisieren, Haushaltslage einbeziehen. Planungsauftrag erst dann vergeben, wenn Finanzierung der Investition gesichert ist.
- Das Hallenbad ist in weiten Teilen von der Verwaltung aus der Finanzplanung geschoben worden. Zudem mehren sich Informationen aus der Verwaltung, die hinter eine Wiedereröffnung nach der Corona-Pandemie viele Fragezeichen setzen. Wir brauchen aber ein Hallenbad für Schulen, Verwaltung und Bürgerschaft: **Antrag Hallenbad: Die Verwaltung wird gebeten, einen realistischen und realisierbaren Zeitplan für den Neubau des Hallenbads vorzulegen. Dabei bitten wir davon auszugehen, dass das neue Hallenbad so schnell wie möglich eröffnet wird. Entsprechend ist die Finanzplanung zu überarbeiten.**
- -Mobilitätspunkte. Auf Grund der finanziellen Situation keine weiteren teuren Mobilitätspunkte in der Stadt. Dafür zügiger Ausbau anderer Haltestellen mit den erforderlichen Wartehäuschen
- Filderhalle: Prüfung, ob die restliche Sanierung nicht in Eigenverantwortung der Filderhallenleitung durchgeführt werden kann.
- Zeitplan für Rathausneubau in Echterdingen neu diskutieren. Was können wir uns leisten?
- Zeitplan Rathausneubau Leinfelden neu diskutieren. Erweiterungsmöglichkeiten evtl. durch notwendigen Bedarf beim Feuerwehrhaus und der damit verbundenen Standortfrage.
- Wann ist endlich mit der Fertigstellung der Turn-und Sporthalle Musberg zu rechnen?
- Auflistung der maßgeblicher Ermächtigungsreste, damit erkennbar wird, wie sich der Mittelabfluss bei manchen Projekten darstellt.

Kultur und Stadtmarketing

- Das Kulturangebot unserer Stadt ist auf einem guten Niveau, aktuell durch die Corona-Einschränkungen nahe Null. Wir hoffen, dass bald wieder Normalbetrieb stattfindet.
- Situationsbericht VHS , Raumsituation, Kursangebote, Dozenteneinsatz und Pandemiebedingten Honorarausfall.

- Antrag: Wege der Erinnerung: Der VKS hatte über dieses Thema am 21.7.2020 ausführlich diskutiert. Es wird darum gebeten, einen Betrag von 20.000 € in den Haushalt einzustellen, um die Wege mit kleinen Gedenktafeln zu bezeichnen.
- **Stadtmarketing:** Die neuen Ergebnisse und der gefundene Konsens beim Stadtmarketing muss nun zügig umgesetzt werden. Bericht soll auch im Gemeinderat erfolgen.

Führung

- Zusammenarbeit auf der Leitungsebene in der Verwaltung funktioniert nach unserer Einschätzung nicht zufriedenstellend. Wir haben den Eindruck, dass es immer wieder an Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fehlt.
- Fehlende Wertschätzung seitens der Verwaltungsspitze stellen wir auch gegenüber dem Gemeinderat fest. Bei der Haushaltseinbringung wird der Gemeinderat vom OB massiv kritisiert, er solle doch Vorschläge machen, wie die Einnahmensituation verbessert werden soll. Wäre das nicht eigentlich die ureigenste Aufgabe des OBs gewesen? Weitere Aussagen zum Haushalt machte Klenk bei der Einbringung nicht, er hatte bereits am Nachmittag ein Pressegespräch mit der Filderzeitung. Macht es dann noch Sinn für den Gemeinderat am Abend in der Filderhalle zu sitzen? Anderes Beispiel. Auch beim Mietspiegel konnte man die Position des OB in der Filderzeitung lesen, allerdings am Tag der Sitzung.
- Es werden zu viele Dinge begonnen und zu wenige beendet
- Es fehlt der rote Faden: wo stehen wir – wo wollen wir hin, kein Verzetteln im Klein-Klein
- Aber: auch an die eigene Nase fassen: der Gemeinderat sollte nicht die Verwaltung blockieren mit immer wieder den gleichen Anträgen zum gleichen Thema.
- Alle Fraktionen gleich behandeln. Manche warten monatelang auf eine Rückmeldung, bei einer Fraktion gibt es innerhalb kurzer Zeit mehrere Seiten lange Stellungnahmen.
- Wir sind sehr froh, dass es jetzt – auf unseren Antrag hin - im Amtsblatt regelmäßig eine Themenseite im redaktionellen Teil geben wird, auf der die Fraktionen ihre Positionen zu einem Thema darstellen können. Ein guter Überblick für die Bürgerschaft. Begonnen wurde mit der Wohnungssituation in LE.

- **Sonstiges**

- -Bessere Planung von Sitzungen. Abläufe optimieren um Personalressourcen zu schonen.
- Welche Möglichkeiten werden gesehen, die Homeoffice-Quote in der Stadtverwaltung zu erhöhen.
- Wie aktuell ist die Bevölkerungsvorausberechnung?
- Situationsbericht über steigende Obdachlosigkeit, entstanden durch Mietrückstände auf Grund von wegbrechenden Einkommen.
- Zeitplan für vorgesehene Baumpflanzungen auf der Markung LE.
- Anlagen von Blühflächen
- Bekämpfung der zunehmenden Taubenplage
- Bei der letzten KAF-Sitzung wurden die großen Chancen dargestellt, die die Bioökonomie für den Filderraum bietet, da insbesondere Forschung und Wissenschaft, Landwirtschaft und Gewerbe räumlich eng beieinander liegen. Es wurde etliche konkrete Beispiele , insbesondere von vielversprechenden Start-Ups dargestellt, die zwar ein Jahr an der Uni Hohenheim arbeiten können, dann aber einen anderen Standort brauchen. Wenn dieser nicht in der Umgebung gefunden wird, dann ziehen die Start Ups nach Berlin oder München. Das können wir nicht wollen. Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den anderen KAF-Kommunen, Vorschläge auszuarbeiten, unter welchen Rahmenbedingungen auf der Filder Flächen für Start-Ups, insbesondere aus der Bioökonomie, bereitgestellt werden können. Ziel sollte die Einrichtung eines Gründerzentrums sein.
- -Aktivierung von Bauland innerhalb des bestehenden Flächennutzungsplanes zum Bau weiterer Wohneinheiten und zur Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen.

-

Warum ist das Delta zwischen genehmigten Stellen und dem tatsächlich vorhandenen Personal so hoch:

Beamte: Soll 67,5 Stellen besetzt: 55 Stellen

Tariflich Beschäftigte: Soll: 603,75 Stellen besetzt: 543,5 Stellen

Stadtwerke

Die Stadtwerke haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen und werden auch in den kommenden Jahren eine Vielzahl an Infrastrukturprojekten für unsere Stadt stemmen. Der Ausbau des Glasfasernetzes oder auch das Fit machen der Kanalisation für Unwetter sind hierfür zwei Beispiele.

Eine zentrale Rolle kommt den Stadtwerken auch bei der Aufgabe zu, unsere Stadt lebenswert zu erhalten: denn die Folgen des Klimawandels sind in LE spürbar und werden in den kommenden Jahren zum Teil verheerend zu nehmen. Derzeit steuert die Welt auf eine durchschnittliche Erwärmung von über 3° zu. Für Kontinentaleuropa und damit LE sind es allerdings 4-5°C. Der im Oktober 2018 veröffentlichte Sonderbericht „1,5 °C globale Erwärmung“ des Weltklimarats kommt zu dem Schluss, dass das **1,5-Grad-Ziel noch erreichbar ist. Dazu müsste der CO₂-Ausstoß der Menschheit noch lange vor 2030 deutlich zu sinken beginnen.**

Das 3. Klimaschutzpaket des Landes BW sieht vor, dass Kommunen erst bis 2040 Klimaneutral sein sollen. Die UN rät dringend jetzt die notwendigen Investitionen zu tätigen um 2021 ein Viertel der CO₂ Emissionen zu reduzieren.

Der Weg für eine Klimaschutzmanager*in ist nun vom Gemeinderat gebnet worden, aber bislang tut LE weit weniger als in ihrer Macht steht um die CO₂ Emissionen jetzt deutlich sinken zu lassen. Als Kommune muss LE endlich seine Hausaufgaben machen.

Das messbar zu machen wird eine Aufgabe der Klimaschutzmanager*in sein. Die nächsten Einsparungsschritte müssen allerdings bereits jetzt eingeleitet werden.

Daher stellen wir folgende Anträge:

- **Strommix**

Der Bürgerstrom soll Schritt für Schritt auf Ökostrom umgestellt werden. In einem ersten Schritt soll ab 2021 Kohlestrom kein Bestandteil mehr des Strommixes sein. Bis 2025 soll der Strom komplett aus erneuerbaren Energien bezogen werden.

Der gelieferte Strom aus dem heutigen Ökostromtarif soll bis 2030 zu 100% aus lokalen Anlagen bezogen werden, und somit ihren Anteil zur Energiewende beitragen. Ein Aufbau und umsetzungsplan ist hierfür vorzulegen.

- **Elektroladenetz**

Die Zahl der neu zugelassenen Elektrofahrzeuge verdoppelt sich derzeit von Jahr zu Jahr. Daher beantragen wir, dass der Ausbau des Elektroladenetzes weiter forciert werden muss und die Zahl der Ladestationen ebenfalls verdoppelt werden soll.

- **Parkierung und Verkehr**

Die Stadtwerke sollen die Errichtung und das Betreiben eines kostendeckenden Wohnwagen Abstellplatzes prüfen. Wohnmobile und Wohnwagen der Bewohner*innen von LE werden derzeit in Wohngebieten abgestellt in denen das Parken möglich ist. Wenn durch das Parkraumkonzept diese Gebiete kleiner werden, werden sich diese Wägen in den verbleibenden Gebieten ballen und dort für vermehrt Ärger sorgen.

- **Dienstfahrzeuge**

Neue Dienstfahrzeuge sollen weitgehend emissionsneutral sein. Auch der Oberbürgermeister sollte bei der Wahl seines Dienstfahrzeuges seine Vorbildfunktion wahrnehmen und mindestens ein Hybridfahrzeug wählen.

- **Stadtklima**

Es soll geprüft werden wo Flächen entsiegelt werden können und mehr Bäume, Fassaden- und Dachbegrünung umgesetzt werden kann.

Frischluftschneisen sind Städtebaulich frei zu halten.

